

Wie Vorankommen auf Treibsand

Aus der Praxis psychosozialer Arbeit mit MigrantInnen

Von Gert Levy

MigrantInnen brauchen psychotherapeutischen und –sozialen Beistand, Unterstützung beim Ausfüllen sämtlicher in deutschen Bürokratien vorhandener Antragsformulare und – nötigenfalls – medizinische Hilfe. Sinnvolle Konzepte gibt es, Geld dafür oft nicht.

Migrationsarbeit stößt leider auf das Problem der oft undurchsichtigen Refinanzierung ihrer Angebotspalette. Menschen ohne stabilen Aufenthaltsstatus haben da schon einmal schlechte Karten. Der zuständige übergeordnete Sozialhilfeträger besteht nämlich zur Refinanzierung dieser Leistungen auf einem festen Asylstatus und einer eigenen Wohnung. Bei der sozialen Arbeit rund um die Themen Migration, Flucht, Vertreibung, soziale Destabilisierung und psychische Erkrankung handelt es sich um ein existentielles Engagement. Mit dem Ziel, die zu uns geflüchteten und bei uns aufgenommenen Menschen in unsere Gesellschaft und in unseren Arbeitsmarkt einzubinden,

Migrationsarbeit auf instabiler Rechtslage

Dabei befindet sich die Struktur der Asylgesetzgebung im Umbau, und der legislative Prozess zur Beschränkung der Rechte der Flüchtlinge ist nicht abgeschlossen. Diesen Umstand müssen wir in unserer Beratungsarbeit stets mitbedenken.

Unser „**Counseling**“ kombiniert psychosoziales, psychotherapeutisches und ambulantes Begleiten und Beraten. Andernfalls droht den bei uns Rat und Hilfe Suchenden die Gefahr, im Dialog mit uns im Hamsterrad bzw. in einem Teufelskreis zu landen. Das heißt, sie erleben durch uns einerseits eine Stabilisierung, scheitern aber andererseits an den Verwaltungsinstanzen. Sie werden erneut traumatisiert und quasi zurück an den Start katapultiert, und Vergleichbares geschieht mit uns.

In unsere Praxis kommen sowohl Schutzsuchende, „Flüchtlinge“, als auch professionelle HelferInnen, Einsatzkräfte und EhrenamtlerInnen. Letztere zur Supervision; denn die Konfrontation mit Krisen und Katastrophen bewirkt - unbearbeitet und unreflektiert - Übertragungen. Die Flüchtlinge werden zu uns vermittelt z.B. durch niedergelassene ÄrztInnen oder ehrenamtliche Gruppen. Sie kommen, weil sie in ihrem Alltag ständig und fortwährend von sogenannten Triggern geplagt werden. Trigger bedeuten olfaktorische, akustische und /oder visuelle Wahrnehmungen, die sie an die in ihrer Vergangenheit erlebten und erlittenen psychischen „Wunden“ erinnern und sie wiedereintauchen lässt in Panikzustände.

Ein Überlebender der Shoa beispielsweise sitzt vor einem Teller mit Spaghetti und einem Knochen mit Knochenmark. Diese Situation erlebt er 40 Jahre nach seiner Flucht aus dem Lager. Er wird blass und muss sich übergeben. Im Gespräch ergibt sich, dass er sich nach seiner Flucht aus dem Lager auf der Müllhalde ernähren musste und nach dem Verzehr eines solchen Knochenmarks eine Lebensmittelvergiftung erlitt.

Ein hier in Köln Schutzsuchender kommt im Hochsommer in meinen Therapieraum. Auf meinem Schreibtisch steht eine leere Coca Cola Flasche. Er sieht diese, wird blass und bricht zitternd zusammen. In der nachfolgenden Exploration stellt sich heraus, dass er in Kabul in der Haft der Taliban mit eben einer solchen Flasche tagelang vergewaltigt worden ist.

Die Helfer helfen – Verwaltungsinstanzen retraumatisieren

Wir beraten Einzelne und Gruppen und versuchen, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, Veränderungen in ihrem Verhalten und Wahrnehmen zu bewirken oder sie in ihrer Persönlichkeit zu stabilisieren. Dabei setzen wir auf eine holistische (ganzheitliche) Vorgehensweise, damit das gesamte Umfeld der Klientel und deren Unterstützersysteme stärker ins Blickfeld geraten können. So befinden sich z.B. unsere KlientInnen ohne einen **festen Aufenthaltsstatus** in bedrohlich empfundener Unsicherheit. Sie taumeln von einer **Duldungsfrist** in die Verlängerung derselben, die dann meist für weitere zwei bis sechs Monate gilt. Schon Wochen vor ihrem nächsten Termin bei der Ausländerbehörde kommt es bei Ihnen leicht erneut zu panischen Reaktionen.

In den entsprechenden Planungs- und Vorbereitungsgesprächen eines derartigen Anlasses müssen von uns deshalb gezielte **Deeskalationstechniken** eingesetzt werden. Die von den Instanzen eingeforderten Schritte müssen mit dem Klienten gemeinsam gegangen werden. Es müssen **Nachweise** beantragt und oft mühsam eingesammelt werden. Wir müssen unserer Klientel beim Gespräch mit den Behörden zur Seite stehen. Denn ohne Unterstützung sind diese Hürden für sie schlicht zu hoch.

Eine Auflage zur Verlängerung und oder Verbesserung des Aufenthaltsstatus ist die Teilnahme an einem **Deutsch- und Integrationskurs**. Aktuell wüsste ich nicht, zumindest für den Ortsbereich Köln, wie lange es dauert ohne „System B“ wie „Beziehungen“ einen derartigen Platz zu finden, das heißt ohne einen gewissen Bekanntheitsgrad der Hilfsstruktur beziehungsweise der Einrichtung, die den Schutzsuchenden begleitet. KlientInnen berichteten mir von kafkaesken Situationen, die sich abspielten, bevor sie zu uns kamen.

Die normalen Integrationskurse sind nichts für traumatisierte Patienten

KlientInnen allerdings mit „Posttraumatischen Belastungsstörungen“ halten weder psychisch, noch physisch vier Stunden oder gar länger Unterricht pro Tag aus. Aufgrund ihrer Labilität können sie an keinem regulären Kurs teilnehmen. Um diese Einschränkung zu legitimieren, benötigen sie ein psychiatrisches Attest.

Um eine qualitative Diagnose zu erstellen, müsste die Psychiaterin jedoch die Sprache des Klienten sprechen können und vor allen Dingen ein fachkundiges Kulturwissen zu Formen und Ausprägungen psychischer Erkrankungen in anderen Kulturen haben. Oder aber es müsste ein Dolmetscher zur Verfügung stehen, der über derartige Qualitäten verfügt.

Die Hilfsstruktur oder Einrichtung, die den Klienten begleitet, müsste wissen, wo in der Stadt oder im Umland ein solche Psychiater und eine entsprechende Dolmetscherin zu finden sind. Meine Praxis verfügt über eine ausgeklügelte Datenbank. Aber auch da klappt die Vermittlung nicht unbedingt immer zeitnah. Die entsprechenden Praxen im Kölner Gemeinwesen arbeiten mit Wartelisten von über vier bis sechs Monaten.

Zurzeit begleiten wir 54 KlientInnen aus dieser Zielgruppe. Wir behandeln sie in unseren Praxisräumen, beraten sie aber auch vor Ort in ihren Unterkünften. Vor allem begleiten wir sie jedoch zu den sehr belastenden Vorladungen zur Ausländerbehörde und zu den jeweiligen Jobcentern. Einer unserer Arbeitsschwerpunkte ist die Reintegration in Arbeits- und Ausbildungsprozesse. Letzteres ist äußerst wirksam im Stabilisierungsprozess. *„We do our very best“*. Hätten wir noch größere ökonomische Ressourcen, könnten wir mit Sicherheit noch mehr erreichen.

Natürlich kann unser Klient oder unsere Klientin den Schwebezustand der „Duldung“ nutzen, um eine diesbezügliche Aufnahme bei einer Krankenkasse zu beantragen und / oder um beim Amt für Soziales und Senioren, Unterabteilung „Migration“, eine Kostenübernahme der Behandlung und Beratung zu erwirken.

Man muss dann aber erstens wissen, dass so etwas möglich ist und zweitens das entsprechende Antragsformular auch noch verstehen können. Selbst wir als Professionelle haben mit solchen Vorgängen unsere Schwierigkeiten.

All' das ist nur durchzustehen mit einer entsprechenden kontinuierlichen Stabilisierung der KlientInnen bis zur vereinbarten Vorladung zur Behörde.

Jugendzentren einrichten - besser Bedingungen für Sozialarbeit schaffen

Die Vermischung dieser Interventionstechniken erscheint in therapeutisch orientierten Fachkreisen noch immer als problematisch, und genau das ist sie auch. Dennoch: Wenn wir nicht über ein entsprechendes therapeutisches Wissen plus praktische Erfahrungen in der Anwendung von Gesprächstechniken der Deeskalation verfügen, wie auch über Wissen und Erfahrungen in Bezug auf die Zuständigkeiten in Verwaltungsinstanzen und deren Abläufe, sind wir in dieser Arbeit gehandicapt und verstärken schlimmstenfalls die Machtlosigkeit unserer Zielgruppe. Es kommt zu Krisen bei unseren KlientInnen. Sie drohen darin unterzugehen, zu verzweifeln und zu retraumatisieren.

Mir erscheinen **Jugendzentren** als der ideale Ort in den Gemeinwesen, um die jüngeren hier Schutzsuchenden in ihrer **psychosozialen Bedürftigkeit** adäquat auffangen, ihnen Integrationsmöglichkeiten und eine Chance zur Inklusion geben zu können. Jugendzentren eignen sich als „Schaltstellen“ einer (auf bestimmte soziale Räume) bezogenen Gemeinwesenarbeit. Bei diesem politisch-sozialen Ansatz der sozialen Intervention werden Menschen darin bestärkt, möglichst selbsttätig für ihre Interessen einzutreten.

Für diese Zentren bedeutet das, dass die dort tätigen Fachkräfte den jugendlichen MigrantInnen quasi eine Art „**Hängematte**“ anbieten. Dort sollen sie einen „Ruheraum“ finden können. Dort sollen sie sich sowohl selbst, als auch in sprachlichen und ethnischen Gruppen wiederfinden können. Dort ist es ihnen möglich, **soziale Kontakte** zu anderen Jugendlichen aufbauen zu können. In einem derartigen Setting kann eine **Sprache erlernt** werden, oder auch z. B. durch **Sportaktivitäten** und **Antigewalttraining** ein Abbau von Aggressionen und Verzweiflung gelernt werden.

„Wir schaffen das“ (Angela Merkel) – doch noch fehlen uns finanzielle Ressourcen

Durch die, notwendiger Weise, enge Anbindung der Jugendzentren an das Gemeinwesen ergibt sich eine Wechselwirkung zwischen dieser Zielgruppe, ihren Bedarfen und den lokalen Institutionen.

Wir benötigen den Einsatz von **Sprach- und KulturvermittlerInnen** gerade in Jugendzentren und in den an dem Gemeinwesen orientierten sozialen Dienststellen. Wir benötigen **muttersprachliche pädagogische Fachkräfte**, Professionelle aus den jeweiligen Herkunftsländern und -kulturen.

Eine „reine“ psychotherapeutische Intervention ist nach meiner langjährigen Erfahrung bei vorliegender Traumatisierung im ambulanten Setting nicht durchführbar. Bei vorliegender „Posttraumatischer Belastungsstörung“ ist eine ambulante Psychotherapie, außer in speziell hierfür ausgerichteten Zentren, nicht durchführbar.

Für stationäre und therapeutische Einrichtungen bedeutet dies, dass ein muttersprachliches und kultursensibles Wissen und eine entsprechende Didaktik im Angebot und in der Durchführung der stationären Therapien vorhanden sein müssen.

Die Massenunterkünfte, in denen unsere Zielgruppe untergebracht ist, dürfen nur kurzfristige Wohnmöglichkeiten sein. Sie bieten keine Intimität. Diese ist jedoch Grundlage einer

dringend notwendigen psychischen Stabilisierung. Der Verbleib in derartigen Einrichtungen potenziert die Phänomene der psychischen Erkrankung.

Hieraus ergibt sich, dass auf lokaler und kommunaler Ebene darauf gedrungen wird, verfügbaren Wohnraum zur Belegung freizugeben.

Counselor im Rollen- und Auftragskonflikt

Im klassischen Fallverlauf enthält sich die Therapeutin jeglichen Ratschlages. Frei nach dem Motto: „Jeder Ratschlag ist auch ein Schlag“. Therapeuten begleiten einen intrapsychischen Prozess, stoßen allerhöchstens an, geben Impulse und wahren grundsätzlich Distanz. Hausbesuche und / oder Begleitungen zu den Ämtern widersprechen dieser Grundhaltung.

In der Migrationsarbeit schafft aber genau diese aufsuchende und begleitende Methodik das notwendige Vertrauen bei den Ratsuchenden und uns den Zugang zur Klientel. Sie ermöglicht uns auch ein ganzheitlicheres Verständnis unseres Gegenübers.

Mir erscheint die Gemeinwesenarbeit auch und gerade im Kontext der sozialen Arbeit in Jugendzentren als eminent wichtig. Die Einbindung und Beteiligung der jugendlichen MigrantInnen in das Gemeinwesen fördert ihre Inklusion und gleichzeitig bremst sie rechtsradikale Tendenzen in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion. Der Kontakt und der Dialog zu und mit „dem Fremden“ führen zu Verständnis und Deeskalationen. Letzteres ist der Hauptgarant zur Verhinderung von Ausländerfeindlichkeit. Das gilt für beide Seiten. Isolation führt zu Aggression -, und Situationen, wie an Silvester 2015, sind auch der fehlenden sozialen Intervention geschuldet.

Zur Person:

Gert Levy lebt und arbeitet als Supervisor, Diplomsozialpädagoge und Psychotherapeut (HPG) in Köln und bietet in seiner „Praxis für Gestalt und Migration“ u.a. traumatisierten MigrantInnen und Flüchtlingen umfassende Hilfen an.